

# Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Leipzig,  
Haben & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4,50 M., durch die Post gegen vierteljährlich 13,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 7,25 M. Einzelnummer 20 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Verlagszeitung vom 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 5 gelbteils Kompositionen 1,50 M., Familienanzeigen 1,30 M., die 5 gelbteils Restanzeigen 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 115

Dresden, Freitag den 21. Mai 1920

31. Jahrg.

## Der andre Generalsekretär

Das Berliner Tageblatt ist in der Lage, aus den ihr eingehenden Anhängen einer kleinen Schrift, die ein anderer Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei Schein heißt, einige Proben zu geben. Herr A. W. Schein, der bis zum 12. September 1919 Generalsekretär der Deutschnationalen war und heute Generalsekretär der Deutschen Volkspartei ist, veröffentlicht im Verlag Deutsche Aufklärung, Berlin W 18, eine Broschüre „Das deutschnationale Gewissen“. Kroschel ist am 12. September 1919 wegen der unhaltbaren Zustände innerhalb der Partei und wegen der unverantwortlichen finanziellen Miswirtschaft in der Hauptgeschäftsstelle ausgeschieden und Herr von der Planig seinen Austritt in einem schriftlichen Schreiben angezeigt, das in den Worten gipfelt:

„Alles zusammengesetzt: die Geschäftsführung der Deutschnationalen Volkspartei ist nicht nur ein Unglück für die Partei, sondern auch für unser gesamtes Vaterland.“

Die kleine Schrift schildert die Gründung und Geschäftsführung der Deutschnationalen Volkspartei, die in zehn Monaten etwa drei Millionen Mark ausgab und gleichzeitig ihrem Veronal gegenüber „noch überhöhter Rohndrückermanier“ finanziert wurde. Sie ist in der Hauptsache von der Schwerindustrie und den Agrariern. Recht bestehende Tatsachen teilte Herr Kroschel über die Art und Weise mit, wie einige der an führenden Stelle stehenden Herren sich selber oder ihre Freunde auf Grund ihrer Tätigkeit in der Partei privatim bereicherten. Besonders interessant sind auch die Mitteilungen, die Kroschel über die Zusammenhänge zwischen der Deutschnationalen Partei und dem schamhaftesten Antisemitismus macht. Hier führt er u. a. aus:

„Kunze ist der Organisator all der antisemitischen Anbahnungen, die wir erlebt haben, und der Verfasser der besten Schmähchriften gegen das Judentum. Die Deutschnationale Volkspartei aber bezahlte sie. Die bekanntesten anonym herausgegebenen illustrierten antisemitischen Flugblätter sind Kunzes Werk und sind von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei bezahlt worden. Für antisemitische anonyme Flugblätter sind von einem ehemaligen konservativen Parteimitglied, Röhre, Straße, circa 10.000 M. bezahlt worden. Der Parteivorstand, Staatsminister Herrgert, befindet sich in der preussischen Landesversammlung die niedrige antisemitische Sprache seitens der Deutschnationalen Volkspartei. War diese Erklärung Unwahrscheinlichkeit oder Wunsch an Geschäftsberichter? Von allen Flugblättern, auch den illustrierten antisemitischen Schöpfen, wurde dem Parteivorstand je ein Exemplar in sein Arbeitszimmer gelegt.“

Kroschel bringt dann neuen Aufschluss über die besten Zusammenhänge zwischen Deutschnationaler Partei und Deutschnationaler Jugendbund, über den überwindenden Einfluss der alten Konservativen in der endlich „neuen“ Partei, über die unflatternde Wege, auf denen Material für die Graberger-Aktion beschafft wurde, und über die Beteiligung der Deutschnationalen Rapp-Butsch. Hierüber sagt er:

„Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß die gesamte Verteilung der Deutschnationalen Volkspartei bis ins kleinste von dem Staatsreich Rapp-Butsch unterstützt war und mit Rapp und Traub an der Vorbereitung des Putches beteiligt war. Pflicht der Parteileitung war es, sofort am 10. März 1920 in aller Öffentlichkeit die eigenen Parteimitglieder zu warnen. Eine offizielle Warnung seitens der Deutschnationalen Volkspartei hätte die Wirkungen wie Rapp-Butsch-Traub und deren Anhang unweifelhaft abgeschwächt. Die deutschnationale Parteileitung war aber mit dem Herzen für das Gelingen des Putches und unterließ aus diesen Gefühlen heraus jegliche Warnung. Die moralische Verantwortung für den Staatsreich Rapp-Butsch und dessen Auswüchse trägt Herrgert und v. Einbeiner, die Haupt der Partei. Was die deutschnationale Parteileitung noch so gewundene Abzweigungen vorbringen, das Verhältnis von Rapp und Traub zur Parteileitung war ein so inniges, so daß ohne Zweifel anzunehmen ist, daß mindestens vor Traubs Schritt — Uebernahme eines Ministerpostens — eine Verständigung stattgefunden hat. Auch waren die Personen an dem kritischen Tage im Verkehr so nahe, daß jeder Zweifel darüber schwinden muß, daß Herrgert und v. Einbeiner nichts geahnt haben sollten.“

Die Deutschnationalen haben Recht, eine Entbilligung der andern. Erst Herr Burgemeister, dann Herr Kroschel, beides ehemalige Generalsekretäre der Partei, und das noch dazu alles gerade vor den Wahlen. Die dresdner Reute der Deutschnationalen haben es so arg gegeben, daß ihnen ein Generalsekretär nach dem andern fortlaufen ist für alle politischen Einkünfte bedürfte es dringend der Entbilligungen der Herren Burgemeister und Kroschel nicht. Für jeden, der nicht gerade ein politisches und ist, war es ohnehin klar, daß die Deutschnationale Partei weiter nichts ist als die alte unreaktionäre Konfessionelle Partei, die sich eine neue Firma beilegte hat, und daß die deutschnationalen Reute, abgesehen von wenigen Ausnahmen, mit vollem Herzen auf Seiten der Staatsreichler im März standen. Uebrigens hat das P. T. natürlich recht, um das Blatt darauf hinzuweisen, daß die Deutsche Volkspartei, der Herr Kroschel jetzt dient, auch nicht viel besser ist als die Deutschnationale Partei.

## Frankreichs Kultur-Schande

In Paris ist gegen den Geschäftsführer der Zeitung „L'Humanité“ Maurice Thorez ein Strafverfahren eingeleitet worden wegen eines Artikels dieser Zeitung, der sich der Abberufung der schwarzen Truppen aus Afrika beschäftigte. Frankreichs Regierung duldet also im eigenen Lande keine Kritik einer Gewaltmaßnahme, die sonst in der ganzen zivilisierten Welt auf das schärfste verurteilt wird.

## Die sozialdemokratische Reichswahlliste

Die von der sozialdemokratischen Reichskonferenz eingesetzte Kommission hat folgende Genossen auf die Reichswahlliste gesetzt:

1. Wels, Otto, Friedrichshagen, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei;
2. Juchacz, Marie, Berlin, Parteisekretärin;
3. Schmidt, Robert, Karlsruh, Reichswirtschaftsminister;
4. Dr. jur. Radbruch, Gustav Lambert, Kiel, Universitätsprofessor der Rechte;
5. Schlicht, Alexander, Berlin-Grunewald, Reichsarbeitsminister;
6. Schulz, Heinrich, Berlin-Steglitz, Staatssekretär;
7. Steinkopf, Willi, Königsberg i. P., Postsekretär;
8. Brunner, Louis, Berlin-Tempelhof, Vorsitzender des Deutschen Eisenbahnerverbandes;
9. Dr. phil. Gradnauer, Georg, Dresden;
10. Bülow, Antonie, München, Lehrerin;
11. Sammler, Friedrich, Berlin-Tempelhof, Hauptschriftleiter des „Vorwärts“;
12. Frankl, Max, Dortmund, Rechtsanwalt und Stadtrat;
13. Dr. med. Grotjahn, Alfred, Berlin, Professor;
14. Leber, Hermann, Berlin, Vorsitzender des Verbandes der Heiler und Massagisten;
15. Rohmann, Erich, Stuttgart, Regierungsrat und Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten und Kriegsteilnehmer;
16. Sasse, Hermann, Bochum, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes;
17. Dr. phil. Lohmann, Richard, Berlin-Treptow, Oberlehrer;
18. Dr. Quard, Max, Frankfurt a. M.;
19. Raab, Fritz, Neufölln, Redakteur des „Landarbeiter“;
20. Schäfer, Valentin, Saarbrücken;
21. Kasur, Theodor, Berlin-Karlshorst, Sekretär im Deutschen Eisenbahnerverband;
22. Kassenstein, Simon, Charlottenburg, Schriftsteller;
23. Köpcke, Elise, Stettin, Ehefrau;
24. Kaufmann, Oskar, Architekt, Berlin;
25. Korlacher, Leonhard, München, Verbandssekretär;
26. Nydal, Jens, Neufölln, Stadtschulinspektor;
27. Wolke, Richard, Elberfeld, Dozent der Universität Münster;
28. Ludahl, Gertrud, Cöpenick, Ehefrau;
29. Rudolph, Hermann, Duisburg, Reichsabteilungsleiter der Innensicherer;
30. Hüfing, Otto, Magdeburg, Oberpräsident;
31. Frey, Martin, Nürnberg, 2. Bürgermeister der Stadt Nürnberg;
32. Dill, Hans, Redakteur;
33. Dietrich, Karl, Breslau, Gewerkschaftssekretär.

Die Genossen Wels, Juchacz, Robert Schmidt, Schlicht, Kasur, Rosenheim, Köpcke, Ludahl, Hüfing und Dietrich waren bisher Mitglieder der Nationalversammlung.

Der sozialdemokratische Parteivorstand macht besonders darauf aufmerksam, daß nach § 18 des Reichswahlgesetzes der Vertrauensmann für die sozialdemokratische Reichswahlliste verpflichtet ist, bis spätestens zehn Tage vor Stichtag der Wahl, also bis zum 27. Mai, beim Kreiswahlleiter zu erklären, daß die sich erwerbenden Reichstimmen des Wahlkreises der Reichswahlliste Wels-Juchacz zugeweiht werden sollen.

Besonders eingehend geht das im englischen Daily Herald. Worel veröffentlichte dort einen längeren Aufsatz, den das Blatt selbst in der Einleitung eine „furchtbare Enthüllung“ nennt. Der Verfasser bezeichnet die Besetzung deutscher Landstriche mit Schwarzen als ein schreckliches Verbrechen an ganzen Frauenteilen, an der weißen Rasse und an der ganzen Zivilisation. Die afrikanische Rasse ist in geschlechtlicher Hinsicht am schwächsten, und dieser Trieb macht sie zum Schrecken der besetzten Gebiete. Die Regierergewaltigen Frauen und Mädchen, sie verbreiten Syphilis, morden friedliche Einwohner und sind überhaupt nicht in Schranken zu halten.

Einige der schrecklichsten Taten werden niemals öffentlich bekannt werden — die Skandale, die schwarze Soldaten an Frauen verübt haben, die sich nicht mehr unter Menschen wagen und Selbstmord verüben. . . . Diese Sachen sind so, daß ein Fremder sie für bare Geldung halten würde, daß man sie weder erzählen noch drucken kann.

Am schlimmsten aber ist die Demoralisierung der ganzen, namentlich der jugendlichen Bevölkerung, die in den durch Schwarze besetzten Gebieten um sich greift. Große Krankenhäuser für Geschlechtskranke müssen neu eingerichtet werden, um die Verheerungen aufzunehmen. Viele junge deutsche Mädchen in kaum heilsamem Alter — manche von ihnen nicht älter als vierzehn oder fünfzehn Jahre — werden in diese Hospitäler übergeführt. Diese Kinder verkaufen sich selbst, weil 20 Franc 150 Mark und 50 Franc 400 Mark wert sind.

Daß die deutschen Städte gequälten werden, auf eigene Kosten Forderungen für die schwarzen Kulturträger eingerichtet, erscheint daneben fast harmlos. Hervorzubeden ist nur, daß die französischen Militärbehörden selber diese Maßnahmen so begründen: Wenn nicht für Luftschiffe gesorgt würde, hätten es die deutschen Fronten, Wädden und Anoden (!) zu blühen. Und wann wird diese schwarze Schande ein Ende haben? Darüber schreibt Kroschel:

Die Truppen, die Frankreich in Westafrika abgezogen und

## Deutschlands Bedingungen für Spa

Jülich, 21. Mai. Der Berliner Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung drückt seinem Blatt, daß die deutsche Regierung, unbeschadet des Vertrags von Versailles, Richtlinien für die deutsche Haltung in Spa vereinbart habe. Deutschland wolle nunmehr folgende Anträge einbringen:

1. Eine neue Konferenz über die Kriegenschuldfrage und den Zahlungsmodus. Die deutsche Regierung will dabei auf die große Bedeutung hinwirken, die ein etwaiger Verlust Obererschleiens für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands haben müßte. Da Deutschland in diesem Falle weder Kohlen ausführen noch seinen Anteil am Wiederaufbau Frankreichs beitragen könnte;
2. wird die deutsche Regierung nachweisen, wie notwendig für Deutschland ein Teil seiner Kolonien sei;
3. die Unerschließlichkeit eines Kredits zur Beschaffung von Rohstoffen;
4. der vierte Antrag beschäftigt sich mit den Transportfragen und Frachtkostenfragen;
5. wird die Notwendigkeit begründet, die alliierten Besatzungstruppen zu verringern und die Zahlung in Gold dafür zu stunden.

Wenn die Entente diese Bedingungen annimmt, so würde sich Deutschland dazu bereit erklären und in der Lage sein, die verwüsteten Gegenden in Frankreich wieder aufzubauen, und es wolle dazu deutsche Arbeitskräfte verwenden. Schließlich verlange Deutschland noch die Erlaubnis, ein Heer von 200.000 Mann halten zu dürfen, und die sofortige Zulassung zum Völkerbund.

Die Wichtigkeit dieser Forderung war an hiesigen amtlichen Stellen nicht feilgehalten; wir geben sie daher unter Vorbehalt wieder.

## Reaktionäre Rüstungen in Schlefien

Breslau, 21. Mai. In einer Versammlung von Vertretern der Regierungsparteien und deren Presse, welche gestern abend im Gewerkschaftshaus stattfand, machte der sozialdemokratische Stadtrat Frey die Mitteilung, daß seit fünf Wochen rund um Breslau neue Truppenansammlungen stattfinden, so daß die Stadt jetzt völlig gerüstet sei. In Gortowitz seien gestern zwei neue Infanterieregimenter eingetroffen; auch die Freisport-Gasse und Paulsen befinden sich dort. In Schläu liege das Prekors-Kulod, das man längst aufgelöst wähnte, zum Teil in Sicht. Ueber Waffenverfüge man reichlich. Der schlesische Landbund habe im Vincenzhause mehrfach hinter verschlossenen Türen getagt und den nationalen Soldatenbund hinausgezogen. Heute habe eine neue Logung stattgefunden, in welche sich zwei Sozialdemokraten einschleichen vermochten.

Herr v. Nischthorn habe in dieser Versammlung ausgeführt, Hauptsache sei, daß jeder eine Plinte habe, und zwar möglichst eine Schrotflinte, damit kein Schuß fehlerbe. Dr. Krüger erklärte, daß die Organisation, an der man arbeite, auch in der Provinz gute Fortschritte mache und in Breslau nahezu vollendet sei. Diese Organisation sei eine Notwendigkeit, denn man wisse, daß bei ungünstigem Wahlresultat eine geheime rote Armee von etwa 50 Kompanien und die Arbeiterwehr den Bürgerkrieg entfesseln würde. Das gleiche müsse von Seiten der Rechtsparteien geschehen, wenn die Wahlen gegen sie sprächen. Nach der Bekanntgabe von verschiedenen Kommissionsmitgliedern wurde die Versammlung von der inzwischen benachrichtigten Polizei aufgelöst und die Akten beschlagnahmt.

zum Kampfen nach Europa geführt hat, sind aus Stämmen von niedrigster Kulturstufe abgehoben. Mit andern Worten: sie sind Barbaren — dieses Wort im ursprünglichen Sinne und nicht als Schimpfwort gebraucht.

Die Methoden, die man bei der Aufhebung anwandte, haben zu Kufständen und Blutvergießen in einem beträchtlichen Teile Westafrikas geführt. Der französische Generalgouverneur war von dieser neuen Politik so angefaßt, daß er sein Amt niederlegte und erklärte, daß diese Zwangsrekrutierungen von der Eingeborenenbevölkerung so das Wiedererleben des Sklavenhandels bezeichnen würden.

Man sollte annehmen, daß mit dem Ende des Krieges dieses düstere Kapitel unserer Zeitgeschichte für immer abgeschlossen sein sollte.

Aber die französischen Militaristen denken nicht daran. Am 30. Juli 1919, sechs Monate nach dem Waffenstillstande, wurden Zwangsrekrutierungen aller Männer im militärpflichtigen Alter für das ganze französische West- und Zentralafrika anordnet. Am 12. Dezember 1919 wurde dieser Befehl auf die große Insel Madagaskar an der Ostküste Afrikas mit einer Bevölkerung von drei Millionen ausgedehnt. Eine Geländeerhebung von 25 Millionen wird durch diesen afrikanischen Ausbeutungsschritt betreffen.

Der Dienst soll drei Jahre dauern, und entsprechend den französischen Militärgesetzen, die in Paris und in den Kolonialsetzungen veröffentlicht sind, sollen zwei von den drei Jahren in Europa verbracht werden.

Es ist berechnet worden, daß von 1922 an eine ständige schwarze und braune Armee, die aus 200.000 Mann besteht, für die Garnisonen in Europa zur Verfügung steht.

Wo nun auf europäischem Boden, so fragen wir uns, wird Frankreich diese Regimenter unterbringen? Am eignen Lande schwerlich. Wir müssen vielmehr damit rechnen, daß es die Kolonialtruppen in die Gebiete abschiebt, deren Besetzung ihm durch den Friedensvertrag aufgetragen ist und die es anscheinend sobald nicht wieder räumen will.

Wegen solcher Invasion oder muß sich Deutschland bis zum äußersten wehren. Immer und immer wieder müssen wir am Gewissen der Welt rütteln und protestieren gegen die barbarische Erfindung eines zivilisierten Volkes, an der gemessen